

Hoffen auf eine Lösung am Verhandlungstisch

Das TAGBLATT sprach mit Bundestagskandidaten und einer Wissenschaftlerin über die Lage in Syrien und eine mögliche Intervention

Der Giftgasangriff in Syrien, bei dem hunderte Menschen starben, wühlt auf. Was muss jetzt geschehen? Das wollten wir von den Tübinger Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien und von einer Politikwissenschaftlerin wissen.

UTE KAISER

Tübingen. Die Nachrichtenlage ändert sich stündlich. In Großbritannien und den USA scheinen die Vorbereitungen auf ein militärisches Eingreifen in Syrien auf Hochtouren zu laufen. Die US-Regierung macht das Assad-Regime für den Giftgasangriff vor einer Woche verantwortlich.



A. Widmann-Mauz

Die Tübinger Bundestagsabgeordneten und -kandidaten sind „aus der Erfahrung vieler Jahre“, so Annette Widmann-Mauz (CDU), „vorsichtig mit der Einschätzung der aktuellen Lage“ und der zu ziehenden Konsequenzen. Eine zentrale Frage ist für alle Befragten, wer das Giftgas eingesetzt hat.



Im Syrien-Konflikt wird Giftgas eingesetzt. Wer jeweils dafür verantwortlich ist, versuchen Uno-Experten zu klären. Je wahrscheinlicher ein Militärschlag wird, desto intensiver wird darüber diskutiert. Wir fragten Bundestagsabgeordnete und -kandidaten sowie eine Politikwissenschaftlerin nach ihren Einschätzungen. Bild: dpa

Ein Trauerrand um das Herz

Chris Kühn (Grüne) plädiert dafür, trotz der menschlichen Tragödie, die „einem einen Trauerrand ums Herz wachsen lässt“, die Ergebnisse der Inspektion abzuwarten. „Alle internationalen Akteure müssen versuchen, Friedensgespräche zu beginnen.“ Als Kühn das sagte, war noch nicht bekannt, dass das für heute geplante Treffen in Den Haag zu einer neuen Friedenskonferenz platzt. Die USA haben das Gespräch mit Vertretern Russlands, eines der Verbündeten des Assad-Regimes, abgesagt.

„Es sind noch nicht alle diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft“, sagt Martin Rosemann (SPD): Für ihn ist ein Militäreinsatz „das allerletzte Mittel der Politik“, für Kühn nur mit Uno-Mandat denkbar. Sie hoffen weiter auf eine Lösung am Verhandlungstisch. „Es muss eine politische

Lösung gefunden werden“, sagt auch Widmann-Mauz, „alles andere wird zu einer weiteren Destabilisierung in der Region führen.“ Die Abgeordnete baut auf die Diplomatie der schwarz-gelben Bundesregierung und auf die Europäische Union.



Chris Kühn

Christopher Gohl (FDP) setzt ebenfalls auf die Bundesregierung, die „in enger Abstimmung mit den Vereinten Nationen und unseren Verbündeten“ stehe. „Politisches Ziel bleibt, beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bekommen“, so der Liberale. Der Einsatz von Giftgas gegen die Zivilbevölkerung ist für ihn ein Verbrechen, das

die Weltgemeinschaft „gezielt ahnden muss“. Er hält ein militärisches Eingreifen für wahrscheinlich.

Ganz anders beurteilt Heike Hänsel (Linke) die Rolle der Bundesregierung. Sie habe sich früh für die internationale Kontaktgruppe „Freunde Syriens“ ausgesprochen und sich damit „jede Vermittlerposition verbaut“. Hänsel spricht sich vehement gegen jegliche Militärintervention aus, sondern sie fordert Verhandlungen über einen Waffenstillstand. Es müsse auch auf die Aufständischen Druck ausgeübt werden, „dass sie sich in Genf an den Tisch setzen“.



Martin Rosemann

Die „menschlichste Lösung“ ist aus Sicht der entwicklungspolitischen Sprecherin der Linken-Fraktion „strikt neutrale humanitäre Hilfe“ – unabhängig von der religiösen, politischen und ethnischen Herkunft. Diese Hilfe müsse aufgestockt werden. Hänsel fordert einen Stopp „sämtlicher Waffenlieferungen in die gesamte Region“. Auf Antrag der Linken hat der



Christopher Gohl

Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses eine Sondersitzung für kommenden Montag einberufen.

Was kann Deutschland über Gespräche und internationale Diplomatie hinaus tun? Die Bundesrepub-

lik müsse viel mehr Syrer aufnehmen. Dafür plädieren – angesichts von rund zwei Millionen Flüchtlingen in der Region – sowohl Chris Kühn als auch Heike Hänsel.



Heike Hänsel

Die Tübinger Politikwissenschaftlerin Tina Zintl, die selbst längere Zeit in Syrien gelebt hat, hofft, „dass sich die Gewaltspirale nicht weiter dreht“. Allerdings geht sie davon aus, dass es nach den Giftgasanschlägen auf die Bevölkerung „keine Alternative dazu gibt, diplomatisch, politisch, aber auch militärisch aktiv zu werden“.

Das hätte aus ihrer Sicht schon früher passieren müssen. Denn die „ro-

te Linie“ habe das Regime schon mehrfach überschritten – beispielsweise bei Luftschlägen gegen die eigene Bevölkerung. Es wäre schwierig gewesen, eine Flugverbotszone durchzusetzen, gesteht die Syrien-Spezialistin zu. Aber sie wäre „ein Zeichen an die gemäßigte Opposition gewesen, dass die Welt sie nicht vergessen hat“. Weil dieses Eingreifen ausblieb, habe sich ein Teil der Bevölkerung radikalisiert.

„Syrien ist einen anderen Weg gegangen als andere Länder des arabischen Frühlings“, sagt Zintl. „Assad hat viele Partner.“ Wäre das anders, so ihre These, „hätte der Westen viel früher eingegriffen“. Mit dem Zögern habe er „dem syrischen Regime in die Hände gespielt“.

Erst fünf Tage nach dem Giftgasanschlag und nach massivem internationalen Druck konnten sich die UN-Inspektoren an ihre Arbeit machen. Die lange Frist ist für Zintl ein „implizites Schuleingeständnis“, dass die weltweit geächteten Chemiewaffen „höchstwahrscheinlich aus dem Arsenal des Regimes stammen“. Daher kann sie die „amerikanische Linie momentan besser nachvollziehen als die deutsche“. Deren Regierungsvertreter lassen bisher offen, ob auch Militäraktionen zu den geforderten Konsequenzen gehören.



Dr. Tina Zintl

Humanitäre Hilfe – ohne Ausnahme

Wichtig aus Sicht der Politikwissenschaftlerin ist, dass die „ausländischen Akteure“ jetzt in Syrien mit Vertretern aller Gruppierungen sprechen – auch mit religiösen Gruppen. Und dass in die humanitäre Hilfe „alle Teile der Bevölkerung einbezogen werden“ – auch die sunnitische Bevölkerungsmehrheit.

Eine „gute Rolle“, so Zintl, könnte Deutschland spielen, wenn es um die Vergangenheitsbewältigung der hierarchischen Baath-Partei geht. Da könnten sowohl die Erfahrungen mit der Entnazifizierung als auch der Stasi-Unterlagen-Behörde helfen.